



Geschäfte des EFD 2016

3. Quartal

Bundesfinanzen

- **Hochrechnung:** Negativzinsen führen zu höheren Vorauszahlungen bei der Direkten Bundessteuer, verzögerten Rückforderungen bei der Verrechnungssteuer und zu höheren Aufschlägen bei den Bundesanleihen. Mit diesen Sonderfaktoren resultiert 2016 ein Überschuss von 1,7 Milliarden Franken. Relevant für die Beurteilung der Haushaltslage ist allerdings das um die Auswirkungen der Negativzinsen bereinigte Ergebnis. Dieses führt zu einem Defizit von 0,1 Milliarden. Budgetiert war ein Defizit von 0,5 Milliarden. (24.08.)
- **Öffentliche Finanzen:** Die öffentlichen Haushalte schreiben 2014 zum zweiten Mal in Folge rote Zahlen. Wie in den letzten Jahren können einzig die Sozialversicherungen mit einem hohen Überschuss aufwarten. 2015 hat sich die Lage etwas entspannt, vor allem aufgrund des guten Ergebnisses beim Bund. Auch 2016 und 2017 dürfte der Gesamtstaat geringe Überschüsse verzeichnen. Während 2016 die Konjunkturschwäche im Zuge der Frankenaufwertung in erster Linie die Sozialversicherungen belasten könnte, dürfte sich die Situation bei den Kantonen etwas aufhellen. Vor dem Hintergrund dieser insgesamt angespannten Lage kann bei den öffentlichen Finanzen in den nächsten Jahren nicht mit einer weiteren Entschuldung gerechnet werden. Dies zeigen die neuen Zahlen der Finanzstatistik. (01.09.)
- **Nachtrag II:** Der Bundesrat hat den Nachtrag II zum Budget 2016 verabschiedet. Damit unterbreitet er dem Parlament 13 Nachtragskredite von insgesamt 131,5 Millionen Franken. Die Budgetaufstockungen führen im laufenden Jahr zu einer weiteren Erhöhung der budgetierten Ausgaben um 0,2 Prozent. (16.09.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **AIA mit acht Staaten und Territorien:** Der Bundesrat hat die Botschaft über die Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Island, Norwegen, Guernsey, Jersey, der Insel Man, Japan, Kanada und der Republik Korea verabschiedet und den eidgenössischen Räten zur Genehmigung vorgelegt. In der Vernehmlassung ist die Vorlage grossmehrheitlich auf Zustimmung gestossen. (06.07.)
- **Heiratsstrafe:** Der Bundesrat hat dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) den Auftrag erteilt, bis Ende März 2017 eine Botschaft zur Beseitigung der «Heiratsstrafe» bei der direkten Bundessteuer vorzulegen. (31.08.)
- **Finanzkontrollgesetz:** Die Zusammenarbeit der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) mit den Geschäftsprüfungskommissionen soll institutionalisiert werden. Es braucht zudem eine stärkere verwaltungsinterne Verbreitung und Kenntnis der Prüfergebnisse der EFK. Der Bundesrat hat die Botschaft für eine entsprechende Teilrevision des Finanzkontrollgesetzes (FKG) zuhanden des Parlaments verabschiedet. Diese Änderungen leisten den Anträgen der eidgenössischen Räte aus dem INSIEME-Bericht Folge. (07.09.)

- **Währungshilfegesetz:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die internationale Währungshilfe an das Parlament überwiesen. Die Vernehmlassung zur Vorlage hat ergeben, dass die Revision mehrheitlich unterstützt wird. Die Gesetzesrevision soll dafür sorgen, dass die Schweiz sich weiterhin verlässlich an Massnahmen zur Stabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems beteiligen kann. (30.09.)

Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Versicherungsvertragsgesetz:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung für eine Teilrevision der Versicherungsvertragsgesetzes (VVG) eröffnet. Das Gesetz regelt die Beziehungen zwischen Versicherungen und ihren Kundinnen und Kunden. (06.07.)
- **Konzernfinanzierung:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Änderung der Verordnung über die Verrechnungssteuer eröffnet. Mit der Vorlage sollen Finanzierungstätigkeiten von Konzernen in der Schweiz gestärkt werden. (23.09.)
- **Kinderdrittbetreuungskosten:** Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, bis Ende April 2017 eine Vernehmlassungsvorlage zur steuerlichen Behandlung der Kinderdrittbetreuungskosten auszuarbeiten. Vorgesehen ist, dass Eltern die Kosten für die ausserfamiliäre Betreuung ihrer Kinder auf Bundesebene bis maximal 25'000 Franken pro Kind von den Steuern abziehen können. Bei den kantonalen Steuern sollen mindestens 10'000 Franken abzugsfähig sein. (30.09.)
- **Beteiligungsabzug:** Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage zur Anpassung des Beteiligungsabzugs im Zusammenhang mit der Gesetzgebung zu «Too-big-to-fail» (TBTF) auszuarbeiten. Die Steuerbelastung aus gewissen Finanzinstrumenten soll reduziert werden, so dass der Eigenkapitalaufbau der TBTF-Banken nicht beeinträchtigt wird. (30.09.)

Internationales

- **EU-Steuerrückbehalt:** Der Bruttoertrag aus der Erhebung des Steuerrückbehalts auf Zinserträgen von EU-Steuerpflichtigen in der Schweiz für das Steuerjahr 2015 beträgt 169,3 Millionen Franken. Im Vorjahr waren es 317 Millionen Franken. (01.07.)
- **Arbeitsbesuch in Italien:** Bundesrat Ueli Maurer weilte zu einem Arbeitsbesuch in Italien. In Rom traf er sich zu Gesprächen mit Innenminister Angelino Alfano und Finanzminister Pier Carlo Padoan. Erörtert wurden unter anderem die bilaterale Zusammenarbeit im Migrationsbereich sowie der Stand des Steuer- und Finanzdialogs mit Italien. (05.07.)
- **IWF-Stimmrechtsgruppe:** Bundesrat Ueli Maurer nahm zusammen mit dem Präsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Thomas Jordan, am Treffen der Schweizer Stimmrechtsgruppe im Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Almaty teil. Das Treffen fand erstmals in Kasachstan statt, das der Gruppe seit 2010 angehört. Im Vorfeld des ordentlichen Treffens der Stimmrechtsgruppe wurde ein Seminar zur Frage der kommenden volkswirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der Länder Zentralasiens abgehalten. Im Anschluss an das Treffen besuchte Bundesrat Ueli Maurer weitere Mitgliedsländer der Stimmrechtsgruppe. (13.07.)
- **Arbeitsbesuch in Singapur und Hongkong:** Der Staatssekretär für internationale Finanzfragen Jörg Gasser hat in Singapur und Hongkong seine Amtskollegen aus dem Finanzministerium und Vertreter der Aufsichtsbehörde getroffen. Gegenstand der Gespräche waren das globale Finanzmarktumfeld und die Zusammenarbeit in bilateralen und multilateralen Steuer- und Finanzfragen. Thematisiert wurden auch die optimalen Rahmenbedingungen zur Unterstützung von Innovation im Finanzsektor sowie die Wichtigkeit gleich langer Spiesse bei der Umsetzung internationaler Standards im Steuerbereich. (14.07.)

- **Aussenhandel:** Die Exporte wuchsen in den ersten sechs Monaten 2016 um 5,1 % (real: - 0,7 %) und die Importe um 3,9 % (real: + 2,1 %). Dabei verlieh die chemisch-pharmazeutische Sparte dem schweizerischen Aussenhandel Schwung: ohne Chemie-Pharma fallen die Exportergebnisse insgesamt negativ aus, bedingt durch den Absatzrückgang bei den Uhren und Maschinen. In der Handelsbilanz resultierte ein neuer Rekordüberschuss von 19,3 Milliarden Franken. (21.07.)
- **G20-Ministertreffen:** Bundesrat Ueli Maurer nahm als Schweizer Delegationsleiter am G20-Finanzministertreffen in Chengdu, China, teil. Er wurde von Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, begleitet. Wichtigste Themen beim Treffen waren die weltwirtschaftlichen Aussichten und die Lage auf den Finanzmärkten sowie die internationale Steuerpolitik. (24.07.)
- **Global Forum:** Das Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum) hat der Schweiz nach abgeschlossener Länderüberprüfung die Gesamtnote «weitgehend konform» (largely compliant) erteilt. Diese positive Bewertung spiegelt die Fortschritte der letzten Jahre bei der Umsetzung des internationalen Standards zum Informationsaustausch auf Anfrage wider. (26.07.)
- **DBA mit Italien:** Das Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und Italien ist nach Abschluss der Ratifikationsverfahren in beiden Ländern am 13. Juli in Kraft getreten. Damit erfüllt das Doppelbesteuerungsabkommen den aktuellen internationalen Standard zum Informationsaustausch auf Anfrage. (28.07.)
- **Elementarschadenversicherung mit Liechtenstein:** Am 17. August ist das mit Liechtenstein unterzeichnete Abkommen über die durch private Versicherungsunternehmen betriebene Elementarschadenversicherung (ESV-Abkommen) in Kraft getreten. Das Abkommen erhöht die Rechtssicherheit und die Transparenz im grenzüberschreitenden Versicherungsgeschäft. (18.08.)
- **Treffen der deutschsprachigen Finanzminister:** Bundesrat Ueli Maurer nahm in Vaduz am informellen Arbeitstreffen der deutschsprachigen Finanzminister teil. Er tauschte sich mit seinen Amtskollegen Wolfgang Schäuble (Deutschland), Hans Jörg Schelling (Österreich), Adrian Hasler (Liechtenstein) und Pierre Gramegna (Luxemburg) über aktuelle finanz- und fiskalpolitische Fragen aus. (23.08.)
- **Finanzdialog mit Singapur:** Vertreter des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF) und der Monetary Authority of Singapore (MAS) haben sich in Bern getroffen, um ihre bilaterale Zusammenarbeit zu vertiefen und sich über nationale und internationale Entwicklungen in Finanzmarkt- und finanzpolitischen Fragen auszutauschen. MAS und die Finanzmarktaufsicht (FINMA) unterzeichneten zudem eine Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Zusammenarbeit im Bereich Fintech. (12.09.)
- **IWF:** Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet dank der hohen Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft eine anhaltende Erholung der Schweizer Konjunktur. Die Experten des IWF empfehlen grundsätzlich die Weiterführung des geld- und haushaltspolitischen Kurses und raten nur zu punktuellen Anpassungen. Sie unterstützen auch die bereits eingeleiteten Strukturreformen. Potenzielle Risiken stammen weiterhin von den internationalen Finanzmärkten und von Entwicklungen im Inland. (26.09.)
- **Amtshilfe:** Die Schweiz unternimmt einen weiteren Schritt auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit im Steuerbereich. Heute hat sie bei der OECD in Paris die Ratifikationsurkunde des multilateralen Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (Amtshilfeübereinkommen) hinterlegt. (26.09.)
- **IWF-Treuhandfonds:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Garantie eines Darlehens der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an den Treuhandfonds des IWF für Armutsbekämpfung und Wachstum in der Höhe von 500 Millionen Sonderziehungsrechten (rund 690 Millionen Franken) überwiesen. Mit dem Treuhandfonds vergibt der IWF verbilligte Darlehen an die einkommensschwächsten

Mitgliedsländer. Damit sollen in diesen Ländern strukturelle Anpassungen erleichtert und die Weichen für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum gestellt werden. (30.09.)

Wichtige Verordnungen

- **Mineralölsteuer:** Wer Treibstoff für Pistenfahrzeuge verbraucht, erhält die Mineralölsteuer künftig teilweise zurückerstattet. Der Bundesrat hat die entsprechende Anpassung der Mineralölsteuerverordnung genehmigt. (17.08.)
- **Schwerverkehrsabgabeverordnung:** Der Bundesrat hat die Tarife für Fahrzeuge, die der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) unterliegen, angepasst. Die neuen Tarife treten am 1. Januar 2017 in Kraft. Damit werden Beschlüsse zur Förderung der Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs umgesetzt, welche der Bundesrat im Grundsatz bereits mit dem Verlagerungsbericht 2015 gefällt hat. (23.09.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **Informationssicherheit:** Am internationalen Symposium «Verwaltung integriert sichere Informationstechnologie (ViSiT)» in Bern vom 28. und 29. Juni standen der Einsatz von Technologien und Services, die elektronische Identität und Signatur, die Identitäts- und Zugriffsverwaltung sowie der Einsatz von Cloud Services im Fokus. (01.07.)
- **Neuer Direktor des BBL:** Der Bundesrat hat Pierre Broje, derzeit Direktor der PolyForce SA in Bulle, zum neuen Direktor des Bundesamts für Bauten und Logistik (BBL) ernannt. Er wird Nachfolger von Gustave E. Marchand, der per Ende November 2016 das Pensionsalter erreicht und auf diesen Zeitpunkt aus dem Bundesdienst ausscheidet. Pierre Broje wird sein neues Amt am 1. Dezember 2016 antreten. (06.07.)
- **Alkohol:** Der Alkoholkonsum in der Schweiz ist zwischen 2014 und 2015 stabil geblieben. Er liegt immer noch bei 8,1 Liter reinen Alkohols pro Einwohnerin und Einwohner. Fast die Hälfte (3,9 Liter reinen Alkohols) wird in der Form von Wein konsumiert. Mengenmässig ist jedoch weiterhin Bier das in der Schweiz am häufigsten konsumierte alkoholische Getränk (55,8 Liter pro Kopf). (28.07.)
- **Bundeshaus Ost:** Das frisch sanierte Bundeshaus Ost ist fertig bezogen und wurde offiziell an die Nutzer übergeben. Nachdem die Arbeiten im Juni dieses Jahres beendet wurden, nahmen am 15. August auch Bundespräsident Johann N. Schneider-Ammann und Bundesrat Guy Parmelin ihre Arbeit im sanierten und technisch aufgerüsteten Haus auf. (15.08.)
- **Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bundes:** Die Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) hat am 30. Juni 2016 die revidierten Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundes für die Beschaffung von Gütern und diejenigen für Dienstleistungsaufträge genehmigt. Sie treten am 1. September 2016 in Kraft. (01.09.)
- **Online-Dienstleistungen:** Die siebte Ausgabe der Studie E-Government-Monitor untersucht die Nutzung von und die Zufriedenheit mit Online-Diensten der Behörden für die Bevölkerung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Schweizer Verwaltungen reduzieren stetig die Hindernisse, die einer vermehrten Nutzung von E-Government-Angeboten im Wege stehen. Was die Zufriedenheit der Nutzenden betrifft, sind sie weiterhin Spitzenreiter. (23.09.)
- **Beschaffungscontrolling:** Der Bundesrat hat den Bericht über das Beschaffungscontrolling für das Jahr 2015 zur Kenntnis genommen. Dieser weist für die zentrale Bundesverwaltung Zahlungen im Wert von 5,65 Milliarden Franken für Beschaffungen von kommerziellen Leistungen und Lieferungen (Güter und Dienstleistungen) aus. (23.09.)
- **Datenweitergabe an externe IKT-Dienstleister:** Der Bundesrat hat eine Ergänzung der Bundesinformatikverordnung verabschiedet. Damit wird der Zugang zu Daten der

Bundesverwaltung für externe Dienstleister, die im Zusammenhang mit dem Bau oder Betrieb von Informationssystemen darauf Zugriff haben müssen, präziser geregelt. (30.09.)

- **Kaderlohnreporting:** Im Kaderlohnreporting informiert der Bundesrat jährlich über die Entlohnung und weitere Vertragsbedingungen des obersten Kaderns und der Leitungsorgane der bundesnahen Unternehmen und Anstalten. Er hat den Bericht über das Geschäftsjahr 2015 gutgeheissen. Zur Überprüfung der Steuerungsmöglichkeiten wird der Bundesrat noch vor Ende Jahr eine Grundsatzdiskussion führen. (30.09.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Herbstsession verabschiedete Vorlagen

- **Elektronische Stimmabgabe:** Der Bundesrat muss eine Roadmap für die elektronische Stimmabgabe prüfen. Der Nationalrat hat ein Postulat von Marco Romano (CVP/TI) mit 149 zu 39 Stimmen angenommen. Nicht alle Kantone hätten sich bisher genügend für das E-Voting engagiert, kritisierte der Rat. Der Bundesrat erklärte sich bereit, das Postulat anzunehmen. Keinen Bedarf sah der Nationalrat für die statistische Auswertung des Stimmverhaltens von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern. Er lehnte ein Postulat mit diesem Anliegen ab. (14.09.)
- **Bankangestellte:** Das Parlament will die Weitergabe von Namen von Bankangestellten an ausländische Staaten oder Unternehmen nicht verbieten. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine Standesinitiative des Kantons Genf abgelehnt. Aus Sicht der Räte ist das Anliegen hinfällig geworden, nachdem im Steuerstreit mit den USA eine Lösung gefunden wurde. Zum Schutz der Bankangestellten seien genügend Vorkehrungen getroffen worden. (14.09.)
- **Banken:** Postfinance hat heute zwar eine Banklizenz, darf aber keine Kredite und Hypotheken vergeben. Der Ständerat führte darüber eine längere Diskussion, ohne einen Entscheid zu fällen. Der Solothurner SP-Ständerat Roberto Zanetti hatte eine Motion zurückgezogen, mit der er Postfinance zum Kreditgeschäft zulassen wollte. Er sieht die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens dadurch beeinträchtigt. Vom Tisch ist das Thema nicht. Die zuständige Kommission möchte eine Auslegeordnung vom Bundesrat zu der Frage. Dabei soll auch die Teilprivatisierung der Post beleuchtet werden. (19.09.)
- **Grenze:** Der Bundesrat soll das Grenzwachtkorps (GWK) um 100 zusätzliche Stellen aufstocken. Der Nationalrat hat eine Motion von Daniela Schneeberger (FDP/BL) angenommen - gegen den Willen des Bundesrates. Es sei nicht Sache des Parlaments, operative Entscheide zu treffen, sagte Bundesrat Ueli Maurer. Die Regierung sieht bereits eine Aufstockung des GWK um 84 Stellen vor. Schneeberger argumentierte, es brauche mehr Stellen, um das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu befriedigen. Nun muss noch der Ständerat über die Motion befinden. (19.09.)
- **Beschaffungen:** Die italienischsprachige Schweiz soll in der Beschaffungskonferenz des Bundes ständig vertreten sein. Dies fordert der Nationalrat mit einer Motion des Tessiner CVP-Nationalrats Marco Romano. Er verspricht sich davon einen stärkeren Fokus auf den regionalen Aspekt im öffentlichen Beschaffungswesen. Einverstanden zeigt sich auch der Bundesrat. Es gelte, Rücksicht zu nehmen auf die Minderheiten in der Schweiz, sagte Bundesrat Ueli Maurer. Nun muss der Ständerat über den Vorstoss befinden. (19.09.)
- **Beschaffung:** Das Funknetz Polycom, über das Polizei, Feuerwehr und Teile der Armee verschlüsselt kommunizieren, muss nachgerüstet werden. Der Nationalrat hat einen Kredit in der Höhe von 159,6 Millionen Franken zähneknirschend bewilligt. Damit das Funknetz, das aus 750 Antennen besteht,

bis ins Jahr 2030 genutzt werden kann, muss das System technologisch überholt werden. Das war auch im Nationalrat unbestritten. Zu reden gaben aber das Projektmanagement und die 14-jährige Geschichte des Projektes. Im Namen der Finanzkommission appellierte Pirmin Schwander (SVP/SZ) an den Bundesrat, IT-Projekte künftig besser zu planen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. (20.09.)

- **Quellensteuer:** Die Regeln zur Quellenbesteuerung sollen geändert werden. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dafür ausgesprochen, Ungleichbehandlungen zu beseitigen und einen Konflikt mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen auszuräumen. Künftig soll die nachträgliche ordentliche Veranlagung allen ansässigen Quellensteuerpflichtigen offenstehen - und auch jenen, die keinen Wohnsitz in der Schweiz haben, hier aber einen Grossteil ihres Einkommens erwirtschaften. Umstritten war, wie hohe Gewinnungskosten Künstler von den steuerbaren Bruttoeinkünften abziehen können. Der Bundesrat hatte eine Pauschale von 20 Prozent vorgeschlagen, der Nationalrat sprach sich für 50 Prozent aus. Der Ständerat beschloss nun einen Kompromiss von 35 Prozent. (20.09.)
- **Immobilien:** Der Ständerat hat als Erstrat 179,8 Millionen Franken für zivile Bundesbauten genehmigt. Mit dem Geld will der Bund unter anderem das Asylzentrum Boudry NE erweitern, Dienstwohnungen für das Grenzwachtkorps bauen und ein Hochsicherheitslabor sanieren. Für den Ausbau des Bundesasylzentrums Boudry ist ein Gesamtkredit 27,8 Millionen Franken vorgesehen. Umstritten war, ob das Finanzdepartement ermächtigt werden soll, innerhalb des Gesamtkredits Verschiebungen vorzunehmen. Für ihn als ehemaligen Finanzdirektor sei das ein "No-Go", sagte Peter Hegglin (CVP/ZG). Der Ständerat lehnte es aber ab, dem Bund die Möglichkeit zu nehmen. (20.09.)
- **Steuern:** Kantone sollen eine einmalige Steueramnestie durchführen und dabei Ermässigungen bei den Nachsteuern gewähren dürfen. Der Nationalrat hat eine Motion seiner Wirtschaftskommission mit dieser Forderung angenommen, gegen den Widerstand des Bundesrates. Sagt auch der Ständerat Ja, muss der Bundesrat einen Gesetzesentwurf ausarbeiten. Hintergrund ist ein Bundesgerichtsentscheid zu einer Steueramnestie im Kanton Tessin. Seither können die Kantone keine Steueramnestien mehr gewähren. Die Ratslinke warnte vergeblich, solche Massnahmen höhlten die Steuermoral aus und seien geradezu eine Einladung zur Steuerhinterziehung. Der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf. Bereits heute gebe es die straflose Selbstanzeige, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Er sieht auch die Gefahr, dass eine allfällige Gesetzesänderung verfassungswidrig wäre. (22.09.)
- **Bankgeheimnis:** Der Nationalrat hat die Einführung des automatischen Informationsaustauschs zu Bankkonten mit acht weiteren Staaten und Territorien genehmigt. Zugestimmt hat er zudem dem Steuerinformationsabkommen mit Brasilien. Damit wird die Schweiz dauerhaft von der brasilianischen schwarzen Liste der Länder mit ungenügendem steuerlichen Informationsaustausch gestrichen. Die SVP-Fraktion wollte nicht auf die Vorlage eintreten und kritisierte, Brasilien setze die Schweiz mit der schwarzen Liste unter Druck. Weitgehend unbestritten war im Nationalrat die Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) mit Island, Norwegen, Guernsey, Jersey, der Insel Man, Japan, Kanada und der Republik Korea. (22.09.)
- **Norwegen:** Der Warenfluss zwischen der Schweiz und Norwegen soll vereinfacht werden. Der Nationalrat hat ein Zollabkommen oppositionslos genehmigt. Das Abkommen über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen soll den reibungslosen Warenaustausch zwischen den beiden Ländern gewährleisten. Tritt es in Kraft, müssen Waren nicht mehr im Voraus angemeldet werden. Nun muss noch der Ständerat grünes Licht geben für die Ratifikation. (22.09.)
- **Zoll:** Die Kosten für Stichprobenkontrollen am Zoll sollen künftig nicht mehr die Betroffenen, sondern alle Kunden tragen. Das möchte der Nationalrat. Er hat

einem Vorstoss aus dem Ständerat oppositionslos zugestimmt, den Text aber abgeändert. Nun kann der Ständerat noch einmal darüber befinden. Heute muss der betroffene Kunde zahlen, wenn die Post im Auftrag des Schweizer Zolls zufällig ausgewählte Pakete aus dem Ausland zur Kontrolle öffnet. Ständerat Erich Ettl (CVP/OW) will mit seiner Motion zur Änderung des Zollgesetzes erreichen, dass der Bund die Kosten tragen muss. Der Nationalrat möchte die Kosten auf alle Kunden überwälzen. (22.09.)

- **Startups:** Der Bundesrat muss prüfen, wie die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes bei neuen Finanztechnologien verbessert werden kann. Der Nationalrat hat stillschweigend ein entsprechendes Postulat seiner Wirtschaftskommission angenommen. Die Kommission hatte Vertreter von Startup-Unternehmen angehört, um Einblick in deren Herausforderungen zu erhalten. Dabei sei deutlich geworden, dass die Startups Verbesserungspotenzial und teilweise auch politischen Handlungsbedarf sähen, hielt die Kommission fest. Das betreffe insbesondere die Finanzmarktregulierung, das Crowdfunding und die steuerlichen Rahmenbedingungen. (22.09.)
- **Progression:** Der Bundesrat muss einen Bericht verfassen über die Auswirkungen der realen kalten Progression. Er soll aufzeigen, wie deren Folgen beseitigt oder gemildert werden könnten. Der Nationalrat hat ein Postulat der FDP-Fraktion angenommen. Als "reale kalte Progression" wird das Phänomen bezeichnet, dass wegen des realen Wirtschaftswachstums die meisten Steuerpflichtigen in höhere Progressionsstufen rutschen. Erstens steige dadurch die allgemeine Steuerlast nicht nur absolut, sondern auch relativ zum Bruttoinlandsprodukt, kritisierte die FDP. Zweitens würden tiefere Einkommensschichten überproportional belastet, da die Steuerpflichtigen in der höchsten Progressionsstufe nicht betroffen seien. "Das ist unser System", sagte Finanzminister Ueli Maurer dazu. Er zweifelte am Nutzen eines Berichts. (22.09.)
- **Transparenz:** Der Bundesrat muss einen periodischen Bericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Aktivitäten des Bundes in den Kantonen erstellen. Der Nationalrat hat ein Postulat von Viola Amherd (CVP/VS) angenommen. Transparenz in diesem Bereich würde zu einer Versachlichung der Diskussion bei den Geldflüssen des Bundes und der Verteilung der Arbeitsvergaben führen, begründete Amherd ihren Vorstoss. Unter der Zentralisierung in den letzten Jahren litten besonders die Berg- und ländlichen Gebieten. Finanzminister Ueli Maurer erklärte, die Finanzströme würden bereits heute im Jahresbericht der Finanzstatistik ausgewiesen. Sie noch feiner auszuweisen, brächte keine zusätzlichen Erkenntnisse. (22.09.)
- **Kinderbetreuung:** Der Bundesrat will die Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung erhöhen. Das kündigte Finanzminister Ueli Maurer im Nationalrat an. Der Bundesrat werde bald eine entsprechende Vorlage in die Vernehmlassung schicken, sagte er. Maurer äusserte sich im Rahmen der Beratungen zu einer Motion, welche der Nationalrat ablehnte. Fathi Derder (FDP/VD) forderte, dass der maximale Steuerabzug für die Fremdbetreuung von heute 10'000 Franken auf 24'00 Franken pro Kind erhöht wird. Die Befürworter argumentierten, ein höherer Abzug würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und damit zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials beitragen. (22.09.)
- **Mehrwertsteuer:** Freiwillige Fahrdienste von gemeinnützigen Organisationen für Kranke oder Behinderte werden nicht von der Mehrwertsteuer befreit. Der Nationalrat hat mit 89 zu 83 Stimmen bei 14 Enthaltungen eine Motion von Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH) abgelehnt. Die Präsidentin des Schweizerischen Roten Kreuzes im Kanton Zürich rechnete vergeblich vor, wie viel Mehrwertsteuer ihre Organisation entrichten müsse. Auch machte sie geltend, dass die Transporte in besonders eingerichteten Fahrzeugen heute schon von der Mehrwertsteuer befreit seien. Freiwillige Arbeit müsse gefördert, nicht behindert werden. Finanzminister Ueli Maurer zeigte Verständnis für das

- Anliegen. Jede Steuerreduktion ziehe aber unweigerlich Forderungen nach weiteren Ausnahmen nach sich, gab er zu bedenken. (22.09.)
- **Easy Swiss Tax:** Der Bundesrat soll kein einfacheres Steuersystem für natürliche Personen ausarbeiten. Der Nationalrat hat eine Motion der FDP abgelehnt. Die sogenannte "Easy Swiss Tax" hätte drei Einheitssteuertarife, fixe Pauschalabzüge und nur wenige Abzüge für Gewinnungskosten vorgesehen. Finanzminister Ueli Maurer sprach von einem wiederkehrenden "Running-Gag" der FDP. Ein einheitliches Steuersystem sei aber schlicht nicht mehrheitsfähig, sagte Maurer. (22.09.)
 - **Finanzausgleich:** Der Bundesrat muss nicht prüfen, ob die Einführung eines Bonus-Malus-Systems im Finanzausgleich "die Überstrapazierung des Solidaritätsgedankens gegenüber den Geberkantonen" lindern könnte. Der Nationalrat hat ein Postulat von Albert Vitali (FDP/LU) mit 97 zu 86 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Dieser schlug vor, Nehmerkantone zu belohnen, die ihre Finanzausgangslage verbessern. Das würde für die anderen Kantone einen Anreiz schaffen, neue Wege in der Finanzpolitik zu beschreiten, argumentierte Vitali. Finanzminister Ueli Maurer zeigte Verständnis, beantragte aber die Ablehnung der Motion. (22.09.)
 - **Teilzeit:** Der Bundesrat wird nicht beauftragt, 20 Prozent aller Stellen der Bundesverwaltung bis 2020 in Teilzeitstellen für Männer umzugestalten. Der Nationalrat hat eine Motion der ehemaligen Nationalrätin Aline Trede (Grüne/BE) abgelehnt. Die Motionärin hatte argumentiert, Teilzeitstellen für Männer verbessere die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Bund sollte hier im Kampf gegen den Fachkräftemangel eine Vorreiterrolle übernehmen. (22.09.)
 - **Schliessfächer:** Der Bundesrat muss keine Massnahmen vorschlagen gegen den Missbrauch der Schliessfächer von Banken und Unternehmen als Versteck für unversteuertes oder gewaschenes Geld. Der Nationalrat hat eine Motion von Marina Carobbio (SP/TI) abgelehnt. Die Motionärin argumentierte, eine gesetzliche Grundlage gegen den Missbrauch von Schliessfächern sei nicht nur im Interesse des Schweizer Fiskus, sondern verbessere auch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Finanzminister Ueli Maurer räumte ein, dass ein gewisses Missbrauchspotenzial bestehe. Schon heute könnten sich aber Vermieter und Mieter von Schliessfächern strafbar machen. (22.09.)
 - **Pauschalbesteuerung:** Der Nationalrat will weder die Bestimmungen zur Pauschalbesteuerung weiter vereinheitlichen noch die Kontrollen verstärken. Er hat eine Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) abgelehnt. Finanzminister Ueli Maurer wies auf die neuen Regeln hin, die das Parlament beschlossen hat. Leutenegger Oberholzer befand, ein Gesetz sei nur so gut wie sein Vollzug. Dieser sei mangelhaft. (22.09.)
 - **Banker:** Der Nationalrat will kein zehnjähriges Berufsverbot für Banker, die beispielsweise zu Steuerhinterziehung beigetragen haben. Er hat eine Motion von Corrado Pardini (SP/BE) abgelehnt. Dieser verwendete in seinem Vorstoss den Ausdruck "Bangster". Finanzminister Ueli Maurer rief deshalb dazu auf, Bankangestellte nicht verunglimpfen. (22.09.)
 - **Erdbeben:** Die eidgenössischen Räte haben sich zum zweiten Mal in der laufenden Session gegen eine obligatorische Erdbebenversicherung ausgesprochen. Der Nationalrat lehnte eine Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) ab. Die Motionärin wollte den Bundesrat beauftragen, die gesetzlichen Grundlagen für eine obligatorische Versicherungsdeckung des Erdbebenrisikos auf dem Hypothekenbestand der Banken zu schaffen. Dieser sei mit einem nichtquantifizierbaren Erdbebenrisiko belastet, argumentierte die Motionärin. Am 20. September hatte der Ständerat eine Baselstädter Standesinitiative für eine obligatorische Erdbebenversicherung auf Bundesebene abgelehnt. (22.09.)
 - **Grenzwachtkorps:** Das Grenzwachtkorps soll personell aufgestockt werden. Das wird im Parlament von allen Seiten gefordert. Umstritten ist, ob weitere

Beschlüsse nötig sind und welche. Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt und hat eine Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt abgelehnt, die er bei der ersten Beratung angenommen hatte. Da eine Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft vom Erstrat und der Kommission des Zweitrats unterstützt worden sei, habe die Ausarbeitung eines Erlassentwurfs bereits begonnen, erklärte der Kommissionssprecher. Das Anliegen sei erfüllt. (26.09.)

- **Heiratsstrafe:** Der Ständerat will einer Standesinitiative des Kantons St. Gallen keine Folge geben, die die Beseitigung der Ehestrafe bei der AHV verlangt. Der Punkt werde mit der Reform der Altersvorsorge aufgegriffen, befand die Mehrheit der Sozialkommission. Er sollte bei der Differenzbereinigung dieser Vorlage behandelt werden. (26.09.)
- **Zoll:** Der Bundesrat hat Auskunft gegeben über die Details zur geplanten Schliessung von Zollstellen. Im Rahmen des Stabilisierungsprogramms schlägt er vor, Zollstellen zu schliessen und weitere zusammenzulegen. Bis jetzt sei einzig die Schliessung der Zollstellen in Möhlin AG und Zürich sowie die Zusammenlegung der Zollstellen Aarau, Luzern und Bern in Aarau beschlossen worden, schreibt der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Frage aus der Fragestunde des Nationalrats. Die Umsetzung sei bereits im Gang. An weiteren Standorten prüfe die Eidgenössische Zollverwaltung gegenwärtig mit den Kantonen und weiteren Betroffenen, ob und wie Dienstleistungen reduziert werden könnten. (26.09.)
- **Kaderlöhne:** Ruag-Chef Urs Breitmeier hat 2015 insgesamt rund 1,01 Millionen Franken bezogen. Auf Nebenleistungen - etwa für Repräsentation oder den privaten Gebrauch des Geschäftsautos - entfielen 50'400 Franken. Das gab der Bundesrat in der Fragestunde des Nationalrates bekannt. Weiter gab der Bundesrat auch die Bezüge des Direktors von Schweiz Tourismus bekannt. Dieser erhielt im vergangenen Jahr insgesamt 424'969 Franken. Nach den Löhnen erkundigt hatte sich Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL). (26.09.)
- **Tabakwaren:** Verbotener Snus oder erlaubter Kautabak? Seit August kann der Schweizer Zoll prüfen, ob Kautabakprodukte die Grenze passieren dürfen. Hans-Ulrich Bigler (FDP/ZH) hatte in der Fragestunde des Nationalrates kritisiert, dass der Zoll entscheide, ob ein Produkt eingeführt werden dürfe oder nicht, und er wollte wissen, ob der Bundesrat mit einer Produkteliste Abhilfe schaffe. In der schriftlichen Antwort des Bundesrates heisst es, dass seit Januar 2015 im Schweizer Markt als Kautabak etikettierte Produkte verkauft würden, die nach Ansicht der zuständigen Behörden unter das erwähnte Verbot fallen würden. Das BAG habe eine Weisung erlassen, um zu klären, welche Produkte verboten und welche erlaubt sind. (26.09.)
- **Pendlerabzug:** Bei der Begrenzung des Steuerabzugs für Pendler soll es eine Sonderregelung geben für Inhaber von Geschäftsfahrzeugen. Der Ständerat hat eine Motion mit diesem Anliegen unterstützt, mit 19 zu 18 Stimmen und bei 3 Enthaltungen. Der Steuerabzug für Pendler auf Bundesebene wurde mit der Fabi-Vorlage auf 3000 Franken pro Jahr beschränkt. Erich Ettl (CVP/OW) verlangte mit der Motion eine Umsetzung, die gewährleistet, dass Arbeitnehmende mit einem Geschäftsfahrzeug steuerlich nicht stärker belastet werden. Der Ständerat folgte mit seinem Entscheid einer grossen Minderheit seiner Verkehrskommission. Nun ist der Nationalrat am Zug. (27.09.)
- **Zoll:** Heute wird auf Sendungen über einem Wert von 5 Franken Zoll erhoben. Das Parlament will diesen Mindestzoll auf 50 Franken erhöhen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion von Ruedi Noser (FDP/ZH) angenommen. Ihm geht es darum, die Unternehmen administrativ zu entlasten. Mit der Anhebung des Mindestzolls könnten kleine Sendungen einfacher und schneller abgefertigt werden. Der Bundesrat unterstützte das Anliegen. Auch der Aufwand der Verwaltung könne damit reduziert werden, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Er warnte aber auch vor allzu hohen Einnahmeausfällen beim Bund. (27.09.)

- **Mandate:** Der Ständerat will dem Bundesrat keine neuen Vorgaben für externe Beratungsmandate machen. Er hat eine Motion von Peter Föhn (SVP/SZ) abgelehnt, in den nächsten fünf Jahren eine Reduktion der Mandate um jährlich 8 Prozent forderte. Ausserdem verlangte er vom Bundesrat Richtlinien dazu, wie das Wissen im Normalfall in der Bundesverwaltung gesichert werden kann. Nach Ansicht von Föhn zieht die Verwaltung viel zu viel externe Experten bei. Finanzminister Ueli Maurer erinnerte daran, dass für bestimmte Aufgaben eigenes Personal sinnlos und vor allem teurer wäre. Es gebe im Bereich Beratungsmandate Potenzial, doch die Motion gehe zu weit, sagte er. (27.09.)
- **Sparpaket:** Der Ständerat hat entschieden, wo der Bund in den nächsten Jahren sparen soll. Die Landwirtschaft und die Bildung will er schonen, bei der Entwicklungshilfe ist er dem Bundesrat gefolgt. Die vorberatende Kommission hatte hier zusätzliche Kürzungen von 100 Millionen Franken im Jahr beantragt. Insgesamt will der Ständerat das Ausgabenwachstum weniger stark drosseln als der Bundesrat. Finanzminister Ueli Maurer stellte am Ende der Beratungen fest, der Rat habe "gesündigt". Mit seinen Beschlüssen zum Stabilisierungsprogramm könne die Schuldenbremse nicht eingehalten werden. Der Bundesrat will in den Jahren 2017 bis 2019 den Bundeshaushalt gegenüber dem Finanzplan um jährlich 800 Millionen bis 1 Milliarde Franken entlasten. Geht es nach dem Ständerat, wird pro Jahr zwischen 144 und 276 Millionen Franken weniger gespart. (28.09.)
- **Verrechnungssteuer:** Die eidgenössischen Räte hiessen in den Schlussabstimmungen mit 134 zu 57 Stimmen bei 7 Enthaltungen (Nationalrat) und 31 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltung (Ständerat) Änderungen des Verrechnungssteuergesetzes gut, die rückwirkend gelten. Die Änderung betrifft das Meldeverfahren bei der Verrechnungssteuer. Bei konzerninternen Dividenden können Unternehmen auf die Zahlung von Verrechnungssteuern verzichten und stattdessen die Dividendenzahlung der Steuerverwaltung melden. Halten die Unternehmen die Deklarationsfrist nicht ein, müssen sie Verrechnungssteuern zahlen. Diese können sie später zwar zurückfordern, nicht aber den Verzugszins. Künftig besteht das Melderecht auch nach Ablauf der Meldefrist, ohne dass die Unternehmen Verzugszinsen zahlen müssen. Zudem erhalten die Unternehmen bezahlte Verzugszinsen im Umfang von 600 Millionen Franken zurück. Umstritten waren bis zuletzt die Sanktionen für Unternehmen, welche die Meldepflicht nicht erfüllen. Die Räte entschieden sich für eine Ordnungsbusse von 5000 Franken. (30.09.)
- **Mehrwertsteuer:** In den Schlussabstimmungen hiessen Nationalrat (mit 198 zu 0 Stimmen) und Ständerat (mit 44 zu 0 Stimmen) eine Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes gut. Hauptziel der Vorlage ist es, Wettbewerbsnachteile für Schweizer Unternehmen bei der Mehrwertsteuer auszuräumen. Massgeblich für die Steuerpflicht soll künftig der gesamte, weltweit erzielte Umsatz sein, nicht nur der in der Schweiz erwirtschaftete. Heute bezieht sich diese Grenze auf den in der Schweiz erzielten Umsatz. Deshalb sind inländische Betriebe benachteiligt. Neu steuerpflichtig würden laut Botschaft um die 30'000 Unternehmen. Die Neuregelung betrifft auch ausländische Online-Händler. Im Ausland bestellte Waren könnten damit teurer werden. (30.09.)
- **Alkoholgesetz:** Mit 194 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung (Nationalrat) und 44 zu 0 Stimmen (Ständerat) genehmigten die Eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen das teilrevidierte Alkoholgesetz, mit dem der Ethanolmarkt liberalisiert wird. (30.09.)